

AUS DEM GEMEINDERAT...

KASSAPRÜFUNGSBERICHT

Am 26.09.2016 wollte der Prüfungsausschuss eine unvermutete Kassaprüfung durchführen. Wegen Abwesenheit der Kassaverwalterin musste dieser Termin jedoch auf den 28.10.2016 verschoben werden. Es wurden keine Mängel festgestellt.

RAUMORDNUNGSPROGRAMM - ÄNDERUNG

Das ehemalige Gelände der Fa. Ernst soll auf Ansuchen des neuen Eigentümers in Bauland - Wohngebiet umgewidmet werden. Für die Durchführung der notwendigen Änderungen wurde DI Siegl beauftragt.

GEDENKRAUM - NEUGESTALTUNG

Für den bestehenden Gedenkraum wird eine Übersiedlung vom Erdgeschoß in den 1. Stock des Amtsgebäudes überlegt. Dabei soll er um rund 11 m² erweitert und neu gestaltet werden. Dafür werden Kosten im unteren 6-stelligen Bereich angenommen. Da beide Amtsgebäude in der Dorfstraße saniert werden müssten, wurde von unserer Fraktion eine Gesamtlösung im Sinne nutzbringender Flächen für die Bevölkerung vorgeschlagen.

Zum wiederholten Mal forderten wir, den Wünschen der Bevölkerung nachzukommen und im Rahmen dieser Neugestaltung auch

- Starterwohnungen,
- neue Räumlichkeiten für die Mutterberatung bzw. Eltern-Kind-Treffs und
- Möglichkeiten für die Einmietung von diversen Gewerbetreibenden (Kosmetik, Therapeuten, etc.)

einzuplanen und umzusetzen.

Eine ganzheitliche Nutzung der vorhandenen Flächen und Räumlichkeiten des Gebäudes im Sinne der Bevölkerung sollte das Ziel sein.

KINDERGARTENGESETZ - NACHMITTAGSBETREUUNG

Mit dem neuen NÖ Kindergartengesetz, können Gemeinden ab 01.01.2017 autonom über die Höhe der Beiträge für die Nachmittagsbetreuung entscheiden. Ein Mindestbeitrag von € 50,- ist vorgeschrieben. Über die genauen Gebührenfestlegungen bzw. die Berücksichtigung von sozialen Härtefällen, etc. hat jede Gemeinde selbst per Gemeinderatsbeschluss zu entscheiden. Die Kostendeckung ist hier individuell zu berücksichtigen. Da der Bedarf an Nachmittagsbetreuung mit 1. Dezember bekannt zu geben war, wollten wir mittels Dringlichkeitsantrag erreichen, dass die Eltern bereits im November über die Kosten informiert werden können. Laut Gemeindeordnung beschließt der Gemeinderat die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages ohne vorherige Beratung. Eine elternfreundliche und frühzeitige Entscheidung war somit aufgrund der Ablehnung durch SPÖ nicht möglich.

PUNSCHSTAND DER VP HOCHWOLKERSDORF

Zum wiederholten Mal fand am 07.12.2016 der Punschstand der VP Hochwolkersdorf im Vereinsraum statt.



Wie schon im letzten Jahr durften sich die fleißigen Helfer über zahlreiche Besucher und Gäste freuen. Das gemütliche Beisammensein bei Tee, Punsch, Glühwein und diversen Imbissen ist mittlerweile zum Fixpunkt der Adventszeit geworden.

Wir bedanken uns herzlichst bei den vielen Spendern und Unterstützern! Auch den zahlreichen fleißigen Helfern, die das Gelingen des Punschstands ermöglichen gilt ein großes Dankeschön!

DIE ALLJÄHRLICHE CHRISTBAUMENTSORGUNG

DER VP-HOCHWOLKERSDORF FINDET AM
MONTAG, 09. JÄNNER 2016

STATT.

*Erholsame Festtage und
die besten Wünsche für 2017!*



volkspartei
hochwolkersdorf

hochwolkersdorf.vpnoe.at

ASPHALTIERUNGSARBEITEN ZUFAHRT PAUSCHENWEIN

Wir möchten Unklarheiten zu unserer letzten Aussendung klarstellen: Wir haben nicht gegen die Erneuerung der Zufahrt gestimmt, sondern waren gegen eine Kostenbeteiligung in der Höhe von höchstens €16.000,--, anstatt wie üblich in der Höhe von 50 % des tatsächlichen Aufwandes durch die Gemeinde.

Bei dieser Zufahrt handelt es sich um Gemeindegrund und Herr Pauschenwein hat das Angebot der Firma Held&Francke (€ 31.966,20 inkl.USt gegenüber Firma Lang&Menhofer mit ca. € 56.000,-) selbst eingeholt und dadurch nicht nur sich selbst enorme Kosten erspart, sondern auch der Gemeinde. Und dies sollte von der SPÖ-Fraktion mit unfairer Subventionslimitierung „bestraft“ werden?

Anmerkung: Die Zufahrt ist fertig gestellt und die Kosten blieben unter € 32.000,--.

NEUER OBMANN BEIM SENIORENBUND

Am 11. September 2016 wurde bei der Jahreshauptversammlung des Seniorenbundes Hochwolkersdorf ein neuer Vorstand gewählt.

Josef Ponweiser wurde einstimmig zum neuen Obmann und Johann Ponweiser zu seinem Stellvertreter gewählt. Ebenso einstimmig erfolgte die Wahl der anderen Vorstandsmitglieder.

Der scheidende Obmann, Franz Polzer, wurde zum Ehrenobmann ernannt und steht weiterhin beratend zur Verfügung. Frau Hermine Wedl erhielt für die langjährig vorbildliche Kassenführung das Ehrenzeichen in Gold.



Am Bild: Ernestine Kornfeld, Erna Kabinger, Annemarie Kögler, Gertrude Gruber, Hermine Wedl, TBO Helga Tobisch, Dr. Karl Novak, Franz Polzer, Ing. Josef Schreiner, Johann Ponweiser, Franz Schwarz, Josef Ponweiser, BO Alfred Irschik

2.636 UNTERSCHRIFTEN AUS DEM BEZIRK WIENER NEUSTADT GEGEN AKW DUKOVANY

Landesrat Pernkopf und LAbg. Rennhofer überwältigt von Unterstützung seitens der Bevölkerung

Anfang des Sommers kündigte man von tschechischer Seite Planungen zum Ausbau des grenznahen Atomkraftwerkes Dukovany an. Im Zuge einer ablehnenden Stellungnahme des Landes Niederösterreich, initiierte Umwelt-Landesrat Dr. Stephan Pernkopf auch eine niederösterreichweite Bürgerbeteiligungs-Aktion, die von mehr als 63.000 Personen unterstützt wurde und damit ein klares Bekenntnis gegen die Atomkraft darstellt.

Landesrat Dr. Stephan Pernkopf und LAbg. Rennhofer bedanken sich für die breite Unterstützung aus dem Bezirk Wiener Neustadt und versprechen den Druck auf die tschechische Regierung weiter aufrecht zu erhalten: „Dieses beeindruckende Signal aus der Bevölkerung empfinde ich als klaren Auftrag an die Niederösterreichische Landesregierung weiter gegen die AKW-Ausbaupläne Tschechiens vorzugehen.“

Neben dem allgemeinen Sicherheitsrisiko, das von der Atomkraft ausgeht, gibt es „massive Bedenken von Seiten des Landes Niederösterreich hinsichtlich fehlender Sicherheitsreserven bei Erdbeben, die in europäischen Stress-Tests nach Fukushima festgestellt worden sind“, so Umwelt-Landesrat Pernkopf weiter.

Auch LAbg. Rennhofer ist stolz auf die großartige Unterstützung aus dem: „Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Unterschriftensammlung ebenso beteiligt wie Vereine, Pfarren und Gemeinden. Allen von ihnen sind wir für dieses eindeutige Signal zum Dank verpflichtet.“

Als aktuell Vorsitzender der Landesumweltreferentenkonferenz hat Landesrat Pernkopf auch einen einstimmigen Beschluss aller österreichischen Umweltlandesräte herbeigeführt, wonach jene europäischen Länder, die weiter auf die Atomkraft setzen, keine EU-Regionalfördermittel mehr erhalten sollen. „Hier ist die Bundesregierung mit Bundeskanzler Kern an der Spitze gefordert, Druck zu machen“, so Pernkopf.